trend informationen
für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

09.11

Editorial

Non-Profit-Management
Kulturkindergärten mit bis zu 24-Stunden-Service

Gesellschaft
Kinderfeindliches Deutschland
Langzeittrend bei Kindern: Fahren statt laufen
Jugend schätzt Nähe der Eltern

Demographie
Statistik: Ältere Menschen in Deutschland und der EU

Arbeitsmarkt
Österreich: Seniorenbund fordert „Beschäftigungspaket 50plus"

Gesundheitswirtschaft
Acht Prozent aller Europäer nehmen Antidepressiva

Digitalisierung
Datenwachstum verdoppelt sich alle zwei Jahre

Materialien
Radermacher, Franz Josef / Beyers, Bert: Welt mit Zukunft

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

auf rund 1,3 Millionen Menschen wird schon heute die Zahl der Demenzkranken geschätzt, Tendenz: stark steigend. Für das Jahr 2030 prognostizieren Wissenschaftler einen Anstieg auf 1,8 Millionen; 2050 könnten es bereits mehr als 2,5 Millionen Patienten sein. Die Wirtschaft hat auf diese Volkskrankheit bisher kaum reagiert. Es gibt wenige Produkte, die speziell für Demenzkranke entwickelt worden sind. Einen Anfang hat nun Sophie Rosentreter gemacht: Sie realisiert „Baukasten-Systeme zur Sinnesaktivierung". Im Mittelpunkt stehen Filme für Demenzkranke. Diese sollen keine Geschichten erzählen, sondern Gefühle erzeugen. Das Ziel: Menschen mit fortgeschrittener Demenz wieder zu erreichen, Kontakt mit ihnen aufzunehmen und sie anzuregen. Zu jedem Film gehört daher Beschäftigungsmaterial: Begleitmappen, Fotomaterial, Gegenstände. Zudem gibt es „Fühlprodukte" wie Muffs und Kissen, die taktil stimulieren.

Der erste Film trug den Titel „Ein Tag im Tierpark" und zeigte genau das: Tiere, streichelnde Kinder, Wolken, Musik. Kurze Kapitel, kaum Handlung, keine schnellen Schnitte, lange Einstellungen. Im zweiten Film-Projekt „Musik – gemeinsam singen" singen bekannte Künstler in gemütlicher Wohnzimmeratmosphäre beliebte Volkslieder. Zudem stellt ein Musiktherapeut alte Musikinstrumente und –abspielgeräte vor. Die Filme sollen dementen Menschen ein schönes Erlebnis bereiten, d. h. positive Erinnerungen und Gefühle wecken.

Die Initiatorin Sophie Rosentreter kommt nicht aus der Altenpflege, sondern ist Quereinsteigerin: Sie war zunächst Model und Moderatorin, erarbeitete dann hinter der Kamera Reportagen. Zur Demenz kam sie durch persönliche Betroffenheit: Sie begleitete ihre demenzkranke Großmutter Ilse bis zu deren Tod im Juni 2009 neun Jahre lang. Sie sah in dieser Zeit, wie das normale Fernsehprogramm Demenzkranke überfordert und kam auf die Idee, dass Filme helfen könnten, Menschen mit Demenz zu unterhalten, zu entspannen und zu aktivieren – wenn sie für die besonderen Bedürfnisse der Betroffenen konzipiert sind.

Den ersten Film produzierte sie in einem Netzwerk aus Gerontologen, Ergotherapeuten, Musiktherapeuten, Altenpfleger/innen und Angehörigen und testete ihn in verschiedenen Einrichtungen mit Erfolg. Darauf aufbauend wurde das Beschäftigungskonzept entwickelt. Das Material ist so konzipiert, dass es auch von pflegenden Angehörigen und Ehrenamtlichen eingesetzt werden kann. Nicht nur den Kranken, sondern auch den Pflegenden soll ermöglicht werden, aufzuatmen und zu entspannen.

Im November 2010 gründete Rosentreter die Firma „Ilses weite Welt" – Sinnbild für die weite Welt der Erinnerungen ihrer Großmutter (www.ilsesweitewelt.de). Fachlich begleitet wird sie u. a. von Dr. Jens Bruder, Mitbegründer der Alzheimer Gesellschaft e. V.; Business Angel und Unterstützer bei der weiteren Investorensuche ist der Verleger Florian Langenscheidt.

Rosentreter hat eine Chance auf die Vermittlung von Glücksgefühlen entdeckt. Solche Chancen brauchen wir.

Ihre Redaktion

Non-Profit-Management

Kulturkindergärten mit bis zu 24-Stunden-Service

Im Januar 2011 teilte die Dussmann-Gruppe, Berlin (http://www.dussmann.de) mit, dass sie neben ihren Dienstleistungen im Bereich des Gebäudemanagements, des Caterings, der Sicherheits- und Empfangsdienste, der Gebäudereinigung, dem kaufmännischen und Energiemanagement und der Betreuung und Pflege von Senioren (durch das Tochterunternehmen „Kursana") und neben ihrem Kulturkaufhaus auch auf dem Geschäftsfeld „Kinderbetreuung" tätig werden wolle. Inzwischen betreibt die neu geschaffene Tochterfirma „Dussmann Kulturkindergarten gemeinnützige GmbH", Berlin (http://www.kulturkindergarten.de/de/), bereits zwei „betriebsnahe Kindertagesstätten" in Berlin und Wetzlar. In den kommenden Jahren wolle man „jährlich mehrere Dussmann Kulturkindergärten eröffnen".

Strategie und Konzept

Für 92 Prozent aller Beschäftigten, so hebt die Kulturkindergarten gGmbH in einem Informationsblatt für Unternehmen hervor, sei „die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mindestens genauso wichtig wie das Gehalt". Selbst von den Beschäftigten ohne Kinder sähen das „immerhin noch 65 Prozent" so. Die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie werde für Unternehmen zunehmend zu einer Zukunftsaufgabe. Vor diesem Hintergrund habe sich die Dussmann-Gruppe entschlossen, für den „stetig wachsenden Bedarf an Kita-Plätzen, besonders für die Unter-3-Jährigen" ein passendes Angebot zu unterbreiten. Man gehe darauf ein, dass Eltern besonders „Kitas mit langen Öffnungszeiten, einem besonderen Profil und hoch qualifizierter Betreuung" wünschten. Ein solcher Bedarf bestehe in allen Bundesländern. Die „Kulturkindergärten" seien ein Beitrag der Dussmann-Gruppe für die Gleichberechtigung. „Um diese zu erreichen, ist es viel wichtiger, die Familie und den Beruf miteinander vereinbaren zu können, als eine Frauenquote einzuführen."

„Unsere Kulturkindergärten sind an 365 Tagen im Jahr bis zu 24 Stunden am Tag geöffnet. Sie bieten einen kulturellen Schwerpunkt, den wir mit lokalen Kooperationspartnern wie Musikschulen, Theatern, Museen oder Bibliotheken ausgestalten." Ein hoher Anteil der Erzieherinnen spreche Englisch als Muttersprache, so dass man einen „bilingualen Ansatz" verwirklichen könne. „Wir nehmen Kinder ab drei Monaten auf. Diese Kombination, dieses Profil dürfte in Deutschland einzigartig sein", erklärt Dirk Brouwers, der im Vorstand der Dussmann-Gruppe für die „Kulturkindergärten" verantwortlich zeichnet.

Das Pilotprojekt

Den ersten „Kulturkindergarten" hat die Dussmann-Gruppe gemeinsam mit dem Unfallkrankenhaus Berlin (ukb) geplant und eingerichtet. Die Kita in einer sanierten zweistöckigen Villa verfüge über 80 Plätze und stehe auch Kindern aus der Umgebung offen. Die Öffnungszeiten (montags bis freitags von 6 bis 21 Uhr, samstags und sonntags von 6 bis 18 Uhr) orientierten sich an den Schichtdiensten des medizinischen Personals der Klinik. Für die Betreuung ihrer Kinder zahlten Eltern „die ortsüblichen Beiträge nach dem Kita-Gutschein-System". Jahresschließzeiten gebe es nicht.

Bei der Gestaltung der Räume, des Bildungsmaterials und der Möbel hätten sich die Planer „bis ins Detail nach den Bedürfnissen der Kinder und den Anforderungen des Konzeptes" gerichtet. Jeder Gruppenraum verfüge über einen angrenzenden Schlafraum.

Die „kindgerechten Badezimmer, thematischen Gruppenräume (Forschen & Experimentieren, Theater, Sprache & Musik sowie Bauen & Konstruieren), eine Spiellandschaft, ein Atelier, eine Erlebnisküche und ein Aquarium voller farbenfroher Fische sorgen für einen hohen Wohlfühlfaktor und regen gleichzeitig die spielerische Kreativität der Kinder an."

Das pädagogische Konzept fuße „auf dem so genannten Situationsansatz". Jedes Kind werde „seiner Entwicklung, seiner familiären Situation, seiner Kultur und seinem Wissen entsprechend gefördert". Durch die individuelle und persönliche Betreuung solle das Selbstbewusstsein der Kinder gestärkt und Verantwortung gelehrt werden. Die inhaltliche Arbeit im „Kulturkindergarten" sei vor allem von Kunst und Kultur bestimmt. Ein zweiter inhaltlicher Schwerpunkt liege auf der Zweisprachigkeit. Besuche am nahen Arbeitsplatz der Eltern stünden auf dem Programm, ebenso die Nutzung der klinikeigenen Schwimmbäder und Sportanlagen.

„Im Wettbewerb um Talente in der Medizin, um gut qualifiziertes medizinisches Personal, halten wir es als familienfreundliches Krankenhaus für wichtig, unseren Mitarbeitern attraktive Zusatzangebote zu machen", erklärt Prof. Dr. Axel Ekkernkamp (Ärztlicher Direktor) zur Entscheidung des ukb für einen solchen „Kulturkindergarten". Hier hätten sich zwei ähnliche Ideen getroffen. Das Know-how beider Partner habe sich dann „zu einem Top-Projekt vereint".

Ein weiterer „Kulturkindergarten" wurde in Wetzlar gemeinsam mit der Lahn-Dill-Kliniken GmbH eingerichtet. Hier werden 50 Kinder (montags bis freitags von 06.00 bis 20.00 Uhr und an jedem Wochenende) betreut.

Ausführliche Informationen zu den „Kulturkindergärten" und den Ansprechpartnern bei der Dussmann-Gruppe finden sich im Internet unter http://www.kulturkindergarten.de/de/*.*

Gesellschaft

Kinderfeindliches Deutschland

Im europäischen Vergleich belegt Deutschland beim Thema „Kinderfreundlichkeit" den letzten Rang. Lediglich 21 Prozent der Bundesbürger sehen ihr Heimatland als kinderfreundlich an. Dagegen halten 86 Prozent der Dänen ihr Land für kinderfreundlich. Schon ist hierzulande von großen Städten zu lesen, in denen es „kinderfreie" Cafés gebe oder Cafés, die nur den „wohlerzogenen" Kindern offen stünden. Hotels würden mit dem Slogan werben „Nur für Erwachsene". Und Mütter seien ihrer lauten „Gören" wegen des Busses verwiesen worden. Bei der Wohnungssuche seien oftmals „Paare mit Hund willkommener als eine Familie mit zwei oder mehr Kindern". Das alles seien Symbole dafür, „dass sich Deutschland in eine kinderentwöhnte Gesellschaft entwickelt", konstatiert Heinz Hilgers, der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) (http://bit.ly/iSczqT).

Angesichts eines solchen Trends überrasche es kaum, „dass auch die Geburtenquote hierzulande mit 1,37 Kindern pro Frau sehr niedrig ist", konstatieren Wissenschaftler der Stiftung für Zukunftsfragen, Hamburg (www.stiftungfuerzukunftsfragen.de). Und sie versuchten mit ihren Analysen noch genauer herauszufinden, weshalb in Deutschland so wenige Kinder geboren werden.

Wesentliche Gründe für geringe Geburtenrate

Nach Meinung einer Mehrheit befragter Bundesbürger seien folgende Gründe „ausschlaggebend für die geringe Anzahl an Familiengründungen": der Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit (60 Prozent), die Sorgen vor den finanziellen Aufwendungen für den Nachwuchs (58 Prozent) und der höhere Stellenwert der eigenen Karriere gegenüber der Familiengründung (51 Prozent).

Viele der Deutschen hätten „schlichtweg Angst vor der Familiengründung", so bewertet Prof. Dr. Ulrich Reinhardt, der wissenschaftliche Leiter der Stiftung, diese Umfrageergebnisse. Sie hätten schlichtweg „Angst, die eigene Autonomie zu verlieren, Angst vor den Kosten, Angst, die eigenen Karrierechancen zu verbauen, Angst vor Scheidung, dem falschen Zeitpunkt oder den Zukunftsperspektiven für den eigenen Nachwuchs". Der Wiener „Standard" zitiert den Experten wie folgt: Die heutige Generation bestehe aus „Pessimisten, die um ihren besonders hohen Wohlstand bangten und sich mit der Frage quälten, in welch´ unsichere Zukunft sie Kinder setzen würden. Kurz gesagt: Sie denken zu viel nach" (siehe: http://bit.ly/qjhByl).

Fehlende staatliche und gesellschaftliche Voraussetzungen

46 Prozent der Befragten (West: 43 Prozent; Ost: 58 Prozent) bemängelten die staatlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Familiengründung: Die Argumente reichten von fehlenden Kindergartenplätzen über familienunfreundliche Städte bis hin zum geringen gesellschaftlichen Stellenwert von Familien. 52 Prozent der Frauen vermissten vor allem bessere Bedingungen, unter denen sie Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren könnten.

Wege aus der Kinderlosigkeit

Ob das vor drei Jahren neu eingeführte Elterngeld tatsächlich zu einem Einstellungswandel und einer höheren Geburtenrate führe, werde sich „erst in etwa 25 bis 30 Jahren (...) abschließend beurteilen" lassen. Deutschland müsse „weitere konkrete Maßnahmen

einleiten, um die Geburtenrate (...) positiv zu beeinflussen. Auch aus Sicht der Bevölkerung sollten hier vor allem „der Staat und die Wirtschaft in die Pflicht genommen" werden.

64 Prozent der Befragten hätten Sympathie für **familienfreundliche Unternehmen** bekundet. 55 Prozent würden es begrüßen, wenn Unternehmen, die sich für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen, eine staatliche Förderung erhielten (z. B. in Form steuerlicher Vorteile). Die Firmen sollten zudem erkennen, „welcher Imagegewinn durch familienfreundliche Maßnahmen möglich wäre". Schon heute entscheide oft „nicht alleine das Produkt, sondern auch das Firmenimage über den Erfolg beim Kunden und bei der Suche nach qualifizierten Arbeitskräften". Gut wäre auch eine Diskussion über die Frage, so Reinhardt, „ob man künftig nicht nur wie heute Frauen bei Bewerbung mit gleicher Qualifikation den Vorzug gibt, sondern den Müttern und Vätern".

Die **Forderungen an den Staat** konzentrierten sich vor allem auf den finanziellen Bereich. So wünschten sich 59 Prozent der Deutschen mehr kostenfreie Betreuungsangebote für Babys und Kleinkinder. 55 Prozent könnten sich „eine zusätzliche staatliche Förderung von Familien vorstellen. Das reiche von Steuerentlastungen über „mehr Urlaubsanspruch" bis zu vergünstigten Eintritten in Schwimmbäder, Museen oder Theater.

Während 42 Prozent der Befragten sich dafür aussprachen, dass Männer mehr Verantwortung für die **Familie** übernehmen sollten, hätten lediglich 18 Prozent der Befragten verlangt, die „Frauen sollten sich zwischen Beruf und Familie entscheiden".

Fazit

Der gegenwärtige Zustand, dass nur jeder fünfte Bürger Deutschland für ein kinderfreundliches Land halte, sei „nicht zukunftsfähig". Dieser Zustand könne aber nur gemeinsam verbessert werden. Die Politik sei gefordert, die (finanziellen) Rahmenbedingungen zu stellen. Die Wirtschaft solle sich der Möglichkeiten eines familienfreundlichen Images bewusst werden.

Die entscheidenden Schritte müssten allerdings „von den Bürgern selbst gegangen werden", betont Reinhardt, denn ein Babyboom lasse sich nicht verordnen. Da Kinder individuelle Entscheidungen seien, solle jeder Einzelne „ihre Sinnhaftigkeit reflektieren. Kinder erfüllen viele Funktionen und geben Sinn - nicht erst im Alter" (siehe: http://bit.ly/k1qT6Q).

Ein Bericht über die Studie der Stiftung für Zukunftsfragen „Warum die Deutschen keine Kinder bekommen – und welche Lösungsansätze die Bürger vorschlagen" (4 S.; Newsletter „Forschung aktuell", Ausgabe 231) ist unter http://bit.ly/lRy1Zv *im Internet zu finden.*

Langzeittrend bei Kindern: Fahren statt laufen

Seit 1970 zeigen wissenschaftliche Studien, dass sich Kinder immer weniger selbstständig fortbewegen. Dass dieser Trend „auch während der letzten 20 Jahre angehalten" hat, stellten Wissenschaftler der Arbeitsgruppe Nahverkehrsforschung am

Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum (http://navefo.geographie.ruhr-uni-bochum.de/) fest. In Kooperation mit dem Policy Studies Institute der University of Westminster in England haben sie die selbstständige Mobilität von Kindern im Alter zwischen sieben und fünfzehn Jahren in Deutschland und Großbritannien untersucht. Dr. Andreas P. Redecker und Björn Frauendienst analysierten für die Studie 2009 und 2010 das Verkehrsverhalten und die Mobilitätsmöglichkeiten von Kindern an zehn Grund- und Realschulen in Nordrhein-Westfalen. Eine weitere Untersuchung zu diesem Thema werde folgen.

Mit Bus, Bahn und Auto zur Schule

Generell, so die Wissenschaftler, kämen heute in Deutschland wie in Großbritannien weit weniger Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule als vor zwanzig Jahren. Das Auto und öffentliche Verkehrsmittel seien hingegen immer wichtiger geworden. Diese Entwicklung sei in NRW u. a. darauf zurückzuführen, dass die Grundschulbezirke aufgehoben und Grundschulen geschlossen wurden, „so dass die Kinder weitere Wege als früher zur Schule zurücklegen müssen". Im Jahr 2010 hätten in diesem Bundesland 23 Prozent der Grundschüler das Auto als Verkehrsmittel von der Schule nach Hause genutzt.

Erwachsene statt Kinder als Begleitung

Ein weiteres Hauptergebnis der Studie sei, „dass Kinder heute öfter von Erwachsenen und nicht nur von anderen Kindern zur Schule begleitet werden". 42,5 Prozent der Grundschüler seien 2010 durch Erwachsene auch auf dem Heimweg von der Schule begleitet worden. 24,4 Prozent der Grundschüler dürften nicht allein von der Schule nach Hause kommen (1990: 6,6 Prozent), 75,1 Prozent dürften nicht alleine den ÖPNV nutzen (1990: 38,6 Prozent). Das hänge zum Teil mit der „Angst der Eltern und Kinder vorm Straßenverkehr" zusammen und mit der „Angst vor fremden Personen". Auch der Schulweg und die konkrete Wohnsituation hätten darauf „sicher einen Einfluss". Allerdings scheine die Tatsache, dass Eltern ihre Kinder vermehrt begleiten und öfter das Auto für den Schulweg nutzen, auch mit einer geringeren Anzahl an Unfällen auf dem Schulweg einherzugehen, insbesondere bei Grundschülern.

Fazit der Wissenschaftler

Wenn die Begleitung der Kinder auf ihrem Schulweg durch die Eltern allein den Effekt hätte, dass sie weniger Gefahren ausgesetzt sind, dann „wären die Beobachtungen als durchaus positiv zu bewerten". Aber die „reduzierte Selbstständigkeit der Kinder" stehe auch „im Zusammenhang mit einer schlechteren physischen Konstitution, mangelnder Raumkenntnis und dem Fehlen realer Übungsmöglichkeiten, wie sich Kinder sicher im Verkehr verhalten sollen". Gerade diesen Konflikt stärker herauszustellen, sei Ziel der Untersuchungen gewesen.

Die Präsentation zu einem Vortrag von Dr. Andreas P. Redecker und Björn Frauendienst (Ruhr-Universität Bochum) bei den 6. Internationalen Wuppertaler Verkehrstagen zum Thema „Eigenständige Mobilität: Ein essentieller Aspekt bei der Entwicklung von Kindern und ihrer Lebensqualität" (19 S.) findet sich unter http://bit.ly/mRLguf *im Internet.*

Jugend schätzt Nähe der Eltern

Junge Menschen bleiben auch nach dem Auszug aus dem Elternhaus meist ganz in der Nähe von Mutter und Vater. Nur die wenigsten jungen Männer und Frauen zieht es in die Ferne. Das konstatieren die Autoren einer Studie, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW, http://www.diw.de/) veröffentlicht wurde. Für die Studie werteten Mitglieder einer Forschungsgruppe um Thomas Leopold von der Universität Bamberg (http://bit.ly/n1FDVS) Daten aus, die durch das „Sozio-oekonomische Panel (SOEP)" gewonnen wurden.

Das SOEP gilt als „größte und am längsten laufende interdisziplinäre Längsschnittuntersuchung in Deutschland". Bei dieser Erhebung, für die das DIW verantwortlich zeichnet, werden jährlich mehr als 20.000 Personen in rund 10.000 Haushalten zu ihren Persönlichkeitsmerkmalen, ihrem Einkommen, ihrer Erwerbstätigkeit und Bildung, zu ihrer Gesundheit und Lebenszufriedenheit befragt.

Erste eigene Wohnung nahe dem „Hotel Mama"

Der Wunsch, auf eigenen Beinen zu stehen, führe viele junge Menschen bei weitem nicht gleich in die weite Welt hinaus. „Im Durchschnitt liegt ihre neue Bleibe gerade einmal 9,5 Kilometer entfernt vom Heim der Eltern. Jeder zehnte wagt sich sogar nur weniger als einen halben Kilometer weg." Das sei insbesondere dann so, wenn die Mutter und der Vater noch in dem Ort lebten, wo die Jugendlichen aufgewachsen sind. Nur zehn Prozent der jungen Menschen ließen sich mehr als 250 Kilometer vom Heimatort entfernt nieder.

Dass es Bequemlichkeit ist, die viele junge Erwachsene bei ihren Auszugsplänen nicht weit kommen lässt, ergab eine Umfrage des Internetportals ImmobilienScout24: Über die Hälfte der Befragten entferne sich nicht mehr als 25 Kilometer vom Elternhaus. Räumliche Nähe zu Mutter und Vater sei „praktisch für alle, die sich von den Vorzügen der elterlichen Fürsorge nicht so recht trennen wollen". Immerhin habe fast ein Drittel (27 Prozent) bekannt, „anfangs noch ein- bis dreimal die Woche bei den Eltern eingekehrt zu sein". Die Töchter besuchten das Elternhaus (zu 73 Prozent) aus Sehnsucht, junge Männer wollen Wäsche waschen lassen (21 Prozent) und essen (30 Prozent).

Noch ausgeprägter sei der Hang, in der Nähe zu den Eltern zu bleiben, bei Jugendlichen aus „bildungsfernen" und ärmeren Familien. Von ihnen gründeten 75 Prozent ihren ersten eigenen Haushalt weniger als 20 Kilometer entfernt von den Eltern. Auch wenn es in der betreffenden Region an Arbeitsplätzen mangele, sei das für sie offenbar kein Grund, weiter weg zu ziehen. Dieses Verhalten habe mit Sicherheit ökonomische Ursachen.

Am stärksten verwurzelt: junge ostdeutsche Männer

Vor allem die jungen Männer in Ostdeutschland seien stark im Ort der Kindheit verwurzelt. Wesentlich mobiler seien dort die Frauen, „die in der Regel besser ausgebildet sind als die jungen Männer". Sie würden in ihren Heimatorten oft „weder einen geeigneten Studien- oder Arbeitsplatz noch den passenden Partner finden. Auch komme es für die gebildeten Frauen „in der Regel

nicht in Frage ´nach unten´ zu heiraten", also einen Mann zu wählen, der weniger verdient und einen schlechteren Schulabschluss hat, so Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld (Universität Bamberg), der über mehrere Jahre das Heiratsverhalten der Deutschen untersucht hat.

Auf die Töchter, die bei einem alleinerziehenden Elternteil aufgewachsen sind, träfe das aber in geringerem Maße zu. Sie hielten ihrem Heimatort eher die Treue.

Die Rolle materieller und finanzieller Hilfe

Eine frühere SOEP-Analyse aus dem gleichen Forscherteam hat bereits verdeutlicht, dass sich viele junge Menschen vor, während und nach der Familiengründung, bei der Geburt von Kindern und auch im Falle einer Scheidung auf die materielle und finanzielle Hilfe ihrer Eltern verlassen können.

„Für umfangreiche Transfers", so die Forscher, könne „ein direkter Bezug zu zentralen Ereignissen in den Lebensläufen der Empfänger unterstellt werden." Erhöhte Chancen auf Schenkungen bestünden „in den Jahren nach einer Eheschließung und im ersten Jahr nach einer Scheidung". Sie werten dies als Beweis dafür, dass die Eltern auf „ökonomische Bedarfslagen ihrer Nachkommen" reagierten. Das spreche „für das ökonomische Altruismusmotiv" und auch „für die Wirksamkeit von Zuständigkeitsnormen". Die „Transfers" erfolgten aber nicht nur bei ökonomischem Bedarf; sie seien auch als „Ausdruck von Zuneigung gegenüber den neu gegründeten Familien" und als Ausdruck des verbreiteten Wunsches zu werten, „den verwandtschaftlichen Zusammenhalt zu stärken". Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch, dass die Großeltern nach der Geburt von Enkelkindern „vermehrt Zeittransfers" leisteten, was eher ihren „Wünschen nach engem Kontakt zu den Enkeln" entspreche als finanzielle Hilfen.

Fazit

Die erste eigene Wohnung spiele nach den Ergebnissen der Untersuchung „eine geringere Rolle beim Erwachsenwerden" als man bisher angenommen habe. Die meisten jungen Menschen blieben in der Nähe der Eltern wohnen und wollten ihr vertrautes Umfeld möglichst nicht verlassen. „Warum sollten sie anschließend wesentlich selbständiger sein als zuvor?", fragt Thomas Leopold.

Die Studie von Thomas Lepold, Ferdinand Geißler, Sebastian Pink „How Far Do Children Move? Spatial Distances After Leaving the parental Home" (36 S., engl.; SOEP-Paper 368) findet sich unter http://www.diw.de/de/diw_01.c.369051.de/soeppapers.html. *Die erwähnte frühere Studie (Oktober 2010) von Thomas Leopold, Thorsten Schneider „Family Events and Timing of Intergenerational Transfers" (33 S., engl. SOEP-Paper 327, findet sich unter* http://bit.ly/qj3h6n. *Ein zusammenfassender Bericht über die Umfrage von ImmobilienScout24 ist unter* http://bit.ly/oZGbgG *zu finden.*

Demographie

Statistik: Ältere Menschen in Deutschland und der EU

„Die Jungen werden weniger, die Älteren werden mehr." Das gilt für die EU-Länder und besonders für Deutschland. Was diese Feststellung konkret für die Lebenswelten der Senioren und für die Gesellschaft bedeutet, haben Spezialisten des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden (http://www.destatis.de/) in einem europaweiten Vergleich aufgezeigt. Zentrales Ergebnis: Die derzeit politisch und gesellschaftlich dominierenden Themen, der demographische Wandel und seine Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, greifen zu kurz. „Alter" habe viele Facetten: „Altersarmut und Pflegebedürftigkeit", aber auch: „die familiären Beziehungen älterer Menschen, ihre Präsenz auf dem Arbeitsmarkt oder ihr gesellschaftliches Engagement".

Jeder Fünfte über 65

Der demographische Wandel sei in Deutschland am weitesten fortgeschritten. In keinem anderen EU-Land lebten prozentual gesehen mehr Menschen ab 65 Jahren. Anfang 2010 seien es 20,7 Prozent der Bevölkerung gewesen. 2009 lebten über 1,5 Millionen Menschen in Deutschland, die mindestens 85 Jahre alt waren. Ihre Zahl werde in den kommenden Jahrzehnten kontinuierlich steigen. Von den rund 17 Millionen Menschen ab 65 Jahren seien im Jahre 2009 57 Prozent Frauen und 43 Prozent Männer gewesen. Lediglich vier Prozent der Älteren hätten eine ausländische Staatsangehörigkeit. Sachsen habe mit 24,7 Prozent den höchsten Anteil von Menschen im Rentenalter, dicht gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 24,2 Prozent. Am „jüngsten" seien die Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit einem Anteil Älterer von 19,0 Prozent bzw. 19,1 Prozent. Brandenburg habe in den letzten Jahren die höchste Zuwachsrate an älteren Menschen (plus 81 Prozent) zu verzeichnen gehabt, ein Plus von 75 Prozent habe Mecklenburg-Vorpommern registriert.

Insgesamt hätten 2010 in den 27 EU-Ländern 86 Millionen Menschen der Generation „65plus" gelebt. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von durchschnittlich 17,4 Prozent. Aber der Prozess des demographischen Wandels verlaufe in den EU-Staaten mit unterschiedlicher Dynamik: In Italien hätten 20,2 Prozent der Bevölkerung ihren 65. Geburtstag bereits hinter sich, in Griechenland 18,9 Prozent. Dagegen habe Irland mit einem Anteil von 11,3 Prozent den niedrigsten Anteil älterer Menschen in der EU. In der Slowakei liege der Anteil bei 12,1 Prozent, in Zypern bei 13,3 Prozent. Allen Prognosen zufolge werde sich das Erscheinungsbild der Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten in allen EU-Ländern „nachhaltig verändern". Der Anteil Älterer werde sich weiter erhöhen. Die Unterschiede zwischen den Ländern bestünden nur im zeitlichen Verlauf und beim Tempo des Alterungsprozesses. Besonders rasch werde z. B. die polnische Bevölkerung altern, während in Frankreich dieser Prozess langsamer vorangehe. Deutschland werde „auch in 20 Jahren die älteste Bevölkerung der EU haben". Mehr als jeder vierte Bundesbürger werde 2030 zur Generation „65plus" gehören.

Lebenswelten älterer Menschen

Die Mehrheit der Älteren ab 65 Jahren lebe in Deutschland im eigenen Haushalt. In fast jedem dritten Haushalt lebten Menschen ab 65 Jahren. 80 Prozent der Haushalte seien „reine Seniorenhaushalte". Nur drei Prozent aller Menschen ab 65 Jahren „wollten oder konnten sich nicht mehr in den eigenen vier Wänden selbstständig versorgen und leben in Alten- oder Pflegeheimen". Dieser Anteil steige mit zunehmendem Alter an: Von den Frauen und Männern ab 85 Jahren lebten 17 Prozent in Heimen. In den

Altersgruppen ab 65 Jahren seien Frauen wesentlich häufiger verwitwet als Männer. Die Männer seien häufig „bis ins hohe Alter verheiratet". Als Ursache für Unterschiede im Familienstand sei neben der höheren Lebenserwartung der Frauen u. a. auch der Umstand zu nennen, „dass die Mehrzahl der Männer mit jüngeren Frauen verheiratet ist" (2009: 77 Prozent aller verheirateten Männer ab 65). Nur zwei Prozent der Frauen und drei Prozent der Männer ab 65 Jahren lebten mit einem Lebenspartner im gemeinsamen Haushalt.

In der EU-27 sei es fast der Hälfte der Bevölkerung im Alter „65plus" vergönnt, „bis ins hohe Alter in Zweisamkeit zu leben". 48 Prozent (39,4 Millionen Menschen) dieser Altersgruppe lebten gemeinsam mit dem Partner bzw. der Partnerin in einem Haushalt. Fast 31 Prozent der Menschen in der EU über 65 Jahren, führten ihren Haushalt allein (2009: fast 25,4 Millionen Menschen). In einigen Ländern aber sei „das Alleinleben (...) relativ selten. So lebe in Zypern weniger als jeder Fünfte im Alter von 65 und mehr Jahren in einem Einpersonenhaushalt. Am stärksten verbreitet sei das Alleinleben in Litauen (39 Prozent), den Niederlanden und Frankreich (jeweils 36 Prozent). Von den 25 Millionen alleinlebenden EU-Bürgern ab 65 Jahren waren drei Viertel Frauen (76 %).

2009 hätten 68 Prozent der Menschen ab 65 Jahren eine Haupt- bzw. Volksschule abgeschlossen gehabt. Abitur hätten 13 Prozent besessen. Während aber von den Männern 19 Prozent Abitur hatten, seien es bei den Frauen nur acht Prozent gewesen. 31 Prozent der fast 17 Millionen Menschen ab 65 Jahren in Deutschland habe in seinem Leben keinerlei beruflichen Bildungsabschluss erworben. Aber etwa die Hälfte der älteren Menschen lerne immer noch hinzu, sei es in Schulen oder Hochschulen, in Weiterbildungseinrichtungen oder mit „informellem Lernen" („bei dem sie sich selbst etwas bewusst beibringen"). 2007 hätten 54 Prozent der 55- bis 64-Jährigen und 42 Prozent der 65- bis 80-Jährigen angegeben, „auf mindestens einem der drei oben genannten Wege etwas zu lernen". 2010 hätten in Deutschland 31 Prozent der Menschen ab 65 Jahren (in der EU: 28 Prozent) das Internet genutzt.

2008 hätten in Deutschland fast 48 Prozent der Haushalte, „in denen die Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen mindestens 65 Jahre alt waren", in den eigenen vier Wänden gewohnt. Knapp zwei Drittel (65 Prozent) der Seniorenhaushalte mit Wohneigentum lebten in einem Einfamilienhaus, weitere 13 Prozent in Zweifamilienhäusern. Die durchschnittliche Größe der Seniorenwohnungen wurde mit 92 m² (2008) angegeben. Statistiken belegten, dass es Deutschlands Senioren in Bezug auf Wohnungsausstattung und Wohnkomfort im EU-Vergleich „sehr gut" gehe. „Ob Fernseher, Auto oder Kühlschrank: In fast allen Privathaushalten hierzulande findet sich eine Vielzahl technischer Geräte und Gebrauchsgüter – sei es zur Alltagserleichterung oder zum Freizeitvergnügen." Bei den 65- bis 69-Jährigen (76 Prozent) und den 70- bis 79-Jährigen (72 Prozent) liege der Ausstattungsgrad mit Pkw annähernd so hoch wie im Durchschnitt aller Haushalte (77 Prozent). Bei den 70- bis 79-Jährigen gebe es mit 43 Prozent die höchste anteilige Quote bei den Neuwagenanschaffungen. Sonst hielten sich die Senioren allerdings bei technischen Neuentwicklungen allerdings zurück. 10 Millionen Ältere (ab 65 Jahren) hätten 2009 „mindestens eine private Reise mit vier oder mehr Übernachtungen" unternommen. Die Zahl der Auslandsreisen von Senior-Urlaubern (mindestens vier Übernachtungen) habe im gleichen Jahr bei 11,6 Millionen gelegen.

Die Lebenszufriedenheit von „Menschen in der zweiten Lebenshälfte" sei „hierzulande recht hoch". Bei Umfragen (2008) hätten sich rund 59 Prozent der 40- bis 85-Jährigen „hoch zufrieden" über ihr Leben geäußert, 37 Prozent hätten „zumindest von einer

mittleren Lebenszufriedenheit" berichtet. Nur fünf Prozent wären „wenig zufrieden". Befragungen von 2009 zeigten, dass sich in Deutschland von den 60- bis 69-Jährigen 37 Prozent und von der Generation „70plus" noch 25 Prozent aktiv ehrenamtlich betätigten.

Erwerbsbeteiligung und Übergang in den Ruhestand

Für 95 Prozent der erwerbstätigen Männer und 85 Prozent der erwerbstätigen Frauen zwischen 55 und 64 Jahren sei die Arbeit die Haupteinnahmequelle für den eigenen Lebensunterhalt. Für neun Prozent der Frauen sei sie nur Zuverdienst, sie lebten hauptsächlich vom Geld eines Angehörigen. Die große Mehrheit der älteren Erwerbstätigen arbeite in einem Angestelltenverhältnis. 2009 seien in Deutschland auch noch sechs Prozent der 65- bis 74-Jährigen und ein Prozent der Menschen ab 75 Jahren erwerbstätig gewesen, insgesamt 666.000 Personen, davon rund 250.000 Frauen. Für mehr als 40 Prozent der erwerbstätigen „65plus" (277.000 Personen) sei diese Tätigkeit „die vorwiegende Quelle des Lebensunterhalts".

Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung treten derzeit die Menschen durchschnittlich in einem Alter von 63 Jahren in den Ruhestand ein. Jedoch dürfte aufgrund von Altersarbeitslosigkeit und von Altersteilzeitregelungen mit einer Freistellungsphase „das eigentliche Ausscheiden aus dem Berufsleben sogar noch früher stattfinden". In der Altersgruppe von 55 bis 64 seien (2009, nach den Standards der ILO) in Deutschland acht Prozent (475.000 Personen) erwerbslos gewesen. Hier müsse aber angemerkt werden, dass es gerade den älteren Personen „besonders schwer fällt" eine neue Beschäftigung zu finden.

In den 27 EU-Ländern gingen - unabhängig von den unterschiedlichen Regelungen zum gesetzlichen Renteneintrittsalter - die meisten Menschen „rund um den 65. Geburtstag" in Rente. Der Anteil derer, die nach diesem Zeitpunkt noch arbeiteten, sei im EU-Durchschnitt relativ gering, variiere aber stark von Land zu Land: In Frankreich gingen von den 65-Jährigen und Älteren 1,4 Prozent einer Arbeit nach, in der Slowakei 1,5 Prozent und in Belgien 1,7 Prozent. In Deutschland liege der Anteil bei 4,1 Prozent (2009). In Portugal hingegen würden noch 16,9 Prozent, in Rumänien 13,7 Prozent und in Schweden 12,4 Prozent der Generation „65plus" arbeiten.

Finanzielle Situation im Ruhestand

Die mit Abstand wichtigste Quelle des Lebensunterhalts im Ruhestand seien Renten bzw. Pensionen. Rund 96 Prozent der Männer und 84 Prozent der Frauen über 65 Jahren lebten überwiegend davon. Nur ein kleiner Teil älterer Menschen (0,6 Prozent) könne im Rentenalter „überwiegend vom eigenen Vermögen bzw. den damit verbundenen Einkünften leben". 1,7 Prozent der Ruheständler finanziere den eigenen Lebensunterhalt überwiegend durch Arbeit.

Für 0,6 Prozent der Menschen über 65 Jahren sei die Grundsicherung im Alter (Sozialhilfe) „alleinige Haupteinkommensquelle". Die meisten Empfänger dieser Grundsicherung (77,5 Prozent) würden die Leistung als Ergänzung zu ihrer Rente oder anderen Einkommen beziehen. Im Durchschnitt hätten die Empfänger von Grundsicherung einen monatlichen Bruttobedarf von 657 Euro (2008). Zu diesem Zeitpunkt hätten in Deutschland rund 410.000 Menschen ab 65 Jahren die Grundsicherung im Alter erhalten (2003: rund 258.000). 13 Prozent aller Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft hätten die Grundsicherung im Alter in

Anspruch genommen. Die Gründe dafür könnten vor allem in ihren geringeren Einkommen während der Erwerbszeit und in den kürzeren Renten-Versicherungszeiten zu suchen sein.

Wer in den EU-Ländern „weniger als 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens zur Verfügung hat", werde von der Statistik als „armutsgefährdet" eingestuft (staatliche Sozialleistungen würden bei der Ermittlung dieses „medianen Äquivalenzeinkommens" berücksichtigt). Gegenwärtig würden etwa 18 Prozent der EU-Bevölkerung ab 65 Jahren als „armutsgefährdet" gelten. Für Zypern wird der Anteil der Armutsgefährdeten mit 49 Prozent, für Lettland mit 48 und für Bulgarien mit 39 Prozent angegeben. In Deutschland liege diese Quote bei 15 Prozent. Am besten stünden in dieser Hinsicht die Tschechische Republik mit sieben Prozent, Luxemburg mit sechs Prozent und Ungarn mit fünf Prozent da. Dabei bedeute „eine niedrige Armutsgefährdungsquote (...) nicht automatisch, dass das Wohlstandsniveau eines Landes besonders hoch" sei, sie besage nur, „dass ein vergleichsweise geringer Teil der Bevölkerung unter der jeweiligen nationalen Armutsgefährdungsschwelle lebt".

In Deutschland habe Ende 2009 die durchschnittliche Altersrente bei 742 Euro monatlich gelegen. Mit durchschnittlich 1.005 Euro sei der monatliche Zahlbetrag bei Männern fast doppelt so hoch gewesen wie bei Frauen (533 Euro). Die durchschnittlichen Auszahlbeträge der gesetzlichen Altersrenten seien im Osten Deutschlands höher als im Westen: Ende 2009 habe die Durchschnittsrente der Männer in den neuen Ländern etwa acht Prozent über dem Betrag in Westdeutschland gelegen (Ost: 1.069 Euro, West: 990 Euro). Bei den Frauen seien „die durchschnittlichen Auszahlbeträge der gesetzlichen Altersrenten im Osten, insbesondere aufgrund der höheren Erwerbstätigkeit in der DDR, sogar um rund 44 Prozent höher als im Westen (702 Euro gegenüber 487 Euro)".

Vergleiche man unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft des Geldes in den einzelnen EU-Ländern die Einkommen der Ruheständler, so zeige sich, „dass deutsche Senioren im Vergleich zu ihren Altersgenossen in anderen EU-Ländern sehr kaufkräftig" seien. Nur in den Niederlanden, in Österreich, Frankreich und vor allem in Luxemburg könnten sich Menschen ab 65 Jahren von ihrem Geld noch mehr leisten. Die Senioren in Luxemburg hätten (2008) 68 Prozent mehr Einkommen zur Verfügung gehabt als Senioren in Deutschland, die Österreicher und Franzosen je sieben Prozent mehr. In Polen hätten ältere Menschen nur über rund 40 Prozent des Einkommens der Ruheständler in Deutschland verfügen können, in Lettland nur über 28 Prozent, in Bulgarien über 24 Prozent und in Rumänien lediglich über 20 Prozent.

In Deutschland würden „in Haushalten mit Haupteinkommensbeziehern und -bezieherinnen zwischen 65 und 79 Jahren" 84 Prozent des monatlichen Einkommens konsumiert, bei „80plus" liege diese Konsumtionsquote immer noch bei 79 Prozent. „Haushalte mit Haupteinkommenspersonen zwischen 65 und 69 Jahren" verwendeten 34 Prozent ihrer Ausgaben für das Wohnen, bei 70- bis 79-Jährigen seien es 36 Prozent, bei noch Älteren 39 Prozent. Die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren stellten die zweitwichtigste Position im Konsumbudget Älterer dar (ca. 13 bis 14 Prozent). Für „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" würden „Haushalte mit Haupteinkommenspersonen zwischen 65 und 79 Jahren" rund 13 Prozent ihres Konsumbudgets ausgeben. Bei noch Älteren liege der Anteil bei 10 Prozent. Der Ausgabenanteil für Gesundheit liege bei 65- bis 79-Jährigen zwischen sechs und sieben Prozent. „Haushalte mit Haupteinkommenspersonen ab 80 Jahren" würden neun Prozent

ihrer Konsumausgaben für Arzneimittel, medizinische Dienstleistungen, Praxisgebühren u. ä. aufwenden.

Gesundheitliche Lage

Seit Ende des 19. Jahrhunderts sei nicht nur die Lebenserwartung Neugeborener, sondern auch die „fernere Lebenserwartung" stark gestiegen. 60-jährige Männer hätten im Jahrzehnt 1871-1881 im Durchschnitt noch 12,1 Jahre zu leben gehabt. 2007/09 seien es bereits 21 Jahre gewesen. Bei den Frauen sei diese Entwicklung noch stärker ausgeprägt: Habe ihr Wert für den Zeitraum 1871-1881 noch bei 12,7 Jahren gelegen, so hätten 60 Jahre alte Frauen 2007/09 schon durchschnittlich 24,8 weiteren Lebensjahren entgegensehen können. Ein Ende dieses Trends sei nicht abzusehen. Die im EU-Vergleich niedrigste Lebenserwartung hätten die Menschen in ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas. Die Gründe dafür seien - verglichen mit Westeuropa - unter anderem in dem niedrigeren Lebensstandard, in der schlechteren Gesundheitsversorgung, in den relativ schwereren Arbeitsbedingungen sowie in ungesunden Ernährungsgewohnheiten zu suchen. Männer in baltischen Ländern „die 2009 ihren 65. Geburtstag feierten, (hatten) im Durchschnitt noch 13 bis 14 Jahre Lebenszeit vor sich". Bessere Chancen hätten Männer in Frankreich. Die 65-Jährigen könnten dort durchschnittlich noch auf 18,7 weitere Lebensjahre hoffen. Ähnlich würden auch die Angaben zur Lebenserwartung der Frauen differieren: Eine Bulgarin, die 2009 65 Jahre alt wurde, hatte „statistisch noch 17 Jahre vor sich". 65-jährige Französinnen konnten sich „im Durchschnitt auf weitere 23 Jahre freuen".

Die Menschen in Deutschland lebten heute nicht nur länger, „sie können diese Zeit auch überwiegend gesund verbringen. Denn: Sie waren noch nie so gesund wie heute." Drei Viertel der Menschen über 65 Jahren hätten bei Befragungen (2009) angegeben, dass sie fit seien und es ihnen gut gehe. Nur 23 Prozent seien „in den vier Wochen vor der Erhebung derart gesundheitlich beeinträchtigt gewesen, dass sie ihren gewohnten Tätigkeiten nicht nachgehen konnten". Auch in Europa sei – wie Umfragen (2008) zeigten – ein großer Teil der Menschen „bis ins hohe Alter mit der eigenen Gesundheit zumindest recht zufrieden". 40 Prozent der 65- bis 74-jährigen EU-Bürger hätten ihren Gesundheitszustand als „gut" oder „sehr gut" eingeschätzt, weitere 41 Prozent als „ausreichend".

Erwartungsgemäß nehme mit zunehmendem Alter der Anteil derer zu, die sich gesundheitlich beeinträchtigt fühlten: In Deutschland seien es bei den 65- bis 69-Jährigen 17 Prozent, bei den 70- bis 74-Jährigen 21 Prozent und in der Altersgruppe der ab 75-Jährigen 29 Prozent. Ältere Menschen müssten sich wesentlich häufiger als jüngere einem Krankenhausaufenthalt unterziehen: Von den 18,2 Millionen Patienten, die 2009 aus einer vollstationären Krankenhausbehandlung entlassen wurden, hätten 43 Prozent der Generation „65plus" angehört. Die Verweildauer bei Krankenhausaufenthalten habe 2009 bei den Männern ab 65 Jahren 9,1 Tage betragen, bei Frauen 9,7 Tage. Fast 50 Prozent der Gesundheitsausgaben entfielen auf die Generation „65plus".

„Problematisch" sei, dass mit zunehmendem Alter das Überwicht „epidemische Ausmaße" annehme: 71 Prozent der Männer und 58 Prozent der Frauen ab 60 hätten 2009 (bezogen auf die Körpergröße) zu viel „auf die Waage gebracht". Bei einem Body-Mass-Index von über 25 seien sie übergewichtig. Nur 28 Prozent der Männer und 41 Prozent der Frauen ab 60 Jahren hätten Normalgewicht. Am stärksten von Übergewicht betroffen seien die 70- bis 74-Jährigen (Männer: 74 Prozent; Frauen: 63

Prozent). Von den 55- bis 69-Jährigen würden sich „EU-weit 67 Prozent als Sportmuffel" erweisen. Nur noch jeder Dritte halte sich in dieser Altersklasse „zumindest einigermaßen regelmäßig körperlich fit", von den „70plus" sogar nur noch 22 Prozent.

Ende 2009 seien in Deutschland rund 2,3 Millionen Menschen pflegebedürftig gewesen (im Sinne des SGB XI). 67 Prozent davon waren Frauen. 83 Prozent der Pflegebedürftigen seien 65 Jahre und älter, 55 Prozent 80 Jahre und älter. 69 Prozent aller Pflegebedürftigen (1,6 Millionen Menschen) würden zu Hause versorgt. Eine Million erhalte „ausschließlich Pflegegeld", was bedeute, dass sie in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt werden. Weitere 555.000 würden in Privathaushalten „zum Teil oder vollständig durch ambulante Pflegedienste" betreut. Und vollstationär in Pflegeeinrichtungen würden 31 Prozent aller Pflegebedürftigen (rund 717.000 Personen) betreut. Bei den über 90-Jährigen seien es 48 Prozent.

Fazit

Erfreulich sei, dass die Menschen nicht nur immer länger lebten, sondern die gewonnene Zeit auch „überwiegend gesund" verbringen könnten. Nur vergleichsweise wenige Menschen lebten in Alten- oder Pflegeheimen. Die Mehrheit der Älteren sei mit dem Leben zufrieden und könne „die veränderten Lebensumstände im Alter gut akzeptieren". Hinzu komme, „dass es der heutigen Rentnergeneration in Deutschland im Vergleich zu den Altersgenossen in den meisten EU-Ländern finanziell gut" gehe. Nur ein relativ geringer Prozentsatz müsse „bislang staatliche Sozialleistungen in Anspruch nehmen".

In den kommenden Jahren werde „in den höheren Altersgruppen einiges in Bewegung geraten. Das Renteneintrittsalter in Deutschland werde schrittweise auf 67 Jahre erhöht. Ältere seien „zunehmend länger auf dem Arbeitsmarkt präsent". Auch „das Bild vom Alter" verschiebe sich allmählich. „Wer in Rente geht, setzt sich oftmals nicht wirklich zur Ruhe. Dank der zunehmend guten gesundheitlichen Verfassung rückt bei den Älteren ein neuer Aspekt in den Fokus: die aktive Freizeitgestaltung. Ehren-amtliche Arbeit wird immer häufiger über die Ruhestandsgrenze hinaus verlängert – in keiner anderen Altersklasse wächst die Freiwilligenarbeit so stark wie unter den Älteren." Durch diese Entwicklungen könne die Bewältigung des demographischen Wandels „erheblich gefördert werden".

Die Publikation des Statistischen Bundesamtes (Autoren: Thomas Haustein und Johanna Mischke) „Ältere Menschen in Deutschland und der EU" (91 Seiten; Reihe: Im Blickpunkt) ist im Internet unter http://bit.ly/nUclvE *zu finden.*

Arbeitsmarkt

Österreich: Seniorenbund fordert „Beschäftigungspaket 50plus"

„Freuen wir uns: Bei der allgemeinen Arbeitslosigkeit sind wir mit einem Wert von nur 4,2 Prozent Europameister. Bei der Jugendarbeitslosigkeit kriegen wir mit 8,7 Prozent auch noch die europäische Bronzemedaille. Und bei den Älteren? Nun, bei der Erwerbsquote der Älteren liegen wir nur auf Platz 16 der EU 27. (...) Wir brauchen dringend ein Beschäftigungspaket für Ältere!" Das konstatiert Dr. Andreas Khol, Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes (http://www.seniorenbund.at/) und Präsident des Österreichischen Seniorenrates.

Der Österreichische Seniorenbund hält neun Maßnahmen für besonders dringlich:

1. **Einführung eines Frühverrentungs-Monitorings**
   Gründe dafür, warum in Österreich so viele ältere Menschen so früh in den Ruhestand gingen, gebe es sicher mehrere. Und sicher gebe es auch ältere Arbeitnehmer, die möglichst früh aus dem Arbeitsleben ausscheiden wollten. Ebenso gäbe es aber Arbeitgeber, deren Anforderungen ältere Arbeitsnehmer krank machten und die Ältere schon früh aus dem Arbeitsprozess heraus drängen wollten. Dafür existierten aber keine aussagekräftigen statistischen Daten. Deshalb sollten ab sofort alle Ursachen, die Begründungen für das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess, das Alter der Betreffenden, die Firmenbranchen und Unternehmensgrößen bzw. Regionen durch die Rentenversicherungsträger „in anonymisierter Form erfasst" und „quartalsweise veröffentlicht" werden. So würden die tatsächlichen Problemfelder bald sichtbar.

2. **Einen Nationalen Aktionsplan für ältere Arbeitskräfte aufstellen**
   Absichtserklärungen zur Verbesserung der Situation älterer Arbeitskräfte gebe es genug. Damit aber schon kurz- und mittelfristig positive Veränderungen erreicht werden können, werde „ein umfassendes Maßnahmenpaket", ein „Nationaler Aktionsplan für Senior-Arbeitskräfte", gebraucht. Der dürfe nicht auf die nächste Wahlperiode verschoben werden, sondern müsse noch 2011 erarbeitet werden. Auch reiche es nicht, bei einer einzigen Rentenform oder einer einzigen Bevölkerungsgruppe anzusetzen.

3. **Wahlfreiheit und Finanzierbarkeit als Grundsätze für alle Maßnahmen**
   Keine Gruppe vor und nach dem gesetzlichen Renteneintrittsalter dürfe von dem Maßnahmen-Paket ausgenommen werden. Alle Modelle und Maßnahmen müssten „aufgrund realistischer (!) Szenarien durchgerechnet werden". Die Ergebnisse seien der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Nur Modelle, die sich nachweislich „rechneten", dürften umgesetzt werden. Ziel jeder Maßnahme müsse sein, die Wahlfreiheit für die Menschen und eine „langfristige Finanzierbarkeit der Systeme" zu sicher

4. **Bonusmodell einführen und Zuverdienstgrenzen aufheben**
   - Alle, die nach dem 60. bzw. 65. Lebensjahr noch arbeiten wollten, sollten „viel attraktiver belohnt" werden als das jetzt der Fall sei. Vorgeschlagen würden 12 Prozent mehr Rente (Pension) für jedes länger gearbeitete Jahr (max. 60 Prozent mehr Rente nach fünf länger gearbeiteten Jahren), aber „kein Rentenbezug während der Zeit des Weiterarbeitens". Diese Regelung soll auch bei Teilzeitarbeit gelten, wobei die Untergrenzen für die Gewährung des Bonus noch festzulegen wären. Dieses Modell koste dem Staat durch die eingesparten Rentenmittel „keinen Cent". Und sicher seien dann „viel mehr Menschen als heute bereit", in diesem Alter noch Leistungen zu erbringen. Das senke „zwar nicht die Arbeitslosenzahlen", hebe aber „das durchschnittliche Alter des Pensionsantritts, weil die Pension in der Zeit des Weiterarbeitens ja nicht bezogen wird."
   - Beim öffentlichen Arbeitsmarktservice (AMS), der seit 1994 selbständig tätig ist, solle ein spezieller „Senioren-Pool" geschaffen werden, „damit jene, die vorzeitig erkennen, dass sie ihre Arbeit nicht bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter durchhalten, zeitgerecht eine persönlich abgestimmte Unterstützung für den Umstieg auf eine ´neue Rolle im späteren Erwerbsleben´ (eventuell bei einem anderen Arbeitgeber in der Region) erhalten."
   - Viele der derzeit in Österreich neben ihrem Renten- bzw. Pensionsbezug als „geringfügig Beschäftigte" arbeitenden 116.000 Personen würden ihre Rente (Pension) verlieren, wenn sie die Geringfügigkeitsgrenze überschreiten. Aber viele dieser Personen würden „gerne mehr Stunden leisten und in Folge auch Lohnsteuer und Sozialversicherung zahlen", wenn diese Regelung nicht ihrem Leistungswillen im Wege stünde. „Also weg mit den Grenzen für den Zuverdienst!"

5. **Neue Modelle der Altersteilzeit und des gleitenden Rentenübergangs schaffe**
   Das derzeitige Modell der Altersteilzeit sei „ungerecht, teuer und hat die Ziele nachweislich verfehlt". Daher sollten „neue Modelle der Altersteilzeit oder Gleitpension" entwickelt werden. Nach Auffassung des Österreichischen Seniorenbundes müssten Arbeitsmarktinstrumente geschaffen werden, die „nicht vordergründig das Rentensystem belasten, sondern aus dem Arbeitsmarktbudget finanziert werden". Grundsätzlich unterstütze man solche Vorschläge, die Attraktivität des Arbeitens je nach Alter durch unterschiedliche Steigerungsbeträge bei der Rentenberechnung zu erhöhen. Dazu seien aber noch viele Details zu klären. Insgesamt müsse man „weg vom ´Alles oder Nichts-Prinzip´, also entweder voll weiter arbeiten oder ganz in Rente (Pension) gehen". Aber neue Formen der „Altersteilzeit oder Gleitpension" müssten „für alle Berufsgruppen attraktiv" und „nachweislich nachhaltig finanzierbar sein".

6. **Durchsetzung einer neuen Verdienststruktur**
   Die OECD habe kritisch vermerkt, dass in Österreich eine Einkommenserhöhung ausschließlich am Alter festgemacht werde. Die jeweilige Funktion und die damit verbundene Leistung würden kaum berücksichtigt. Im Öffentlichen Dienst der Bundesländer Vorarlberg und Oberösterreich zeige man bereits, wie es anders gehe: „Mehr Einkommen zu Beginn. Flachere Steigerungskurve danach. Erhöhungen aufgrund von Leistung – unabhängig vom (Dienst-)Alter." An einer solchen „Lebensverdienstkurve" sollten sich die Verhandlungen zu einem neuen Besoldungsrecht orientieren. Für die neu Eintretenden müssten schon sehr bald solche neuen Regeln verbindlich werden.

7. **Schlupflöcher für Frühberentung schließen**
   Der Weg zu einem „Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) für Alle" werde in Österreich zwar schon beschritten, aber dem Seniorenbund dauere die Umsetzung zu lange. Das ASVG solle möglichst schon bis 2025 umgesetzt sein. Und: „Mittelfristig sollten für den Renten- (Pensions-)Antritt keine Frühpensions-Varianten mehr zur Verfügung stehen." Ausnahmen werde es „selbstverständlich immer" bei Invalidenrenten (-pensionen) geben. Die seit Jahresbeginn umgesetzte Neuerung „Reha vor Invalidenrente" begrüße man ausdrücklich. Sie reiche allerdings nicht aus. Wenn man wolle, „dass alle gesunden Menschen bis zum gesetzlichen Renten- (Pensions-) Eintrittsalter arbeiten", müssten „als erstes Schlupflöcher und Sonderregelungen" abgeschafft werden. Das sei „der einzig faire Weg".

8. **Gesundheitsfördernde Maßnahmen am Arbeitsplatz ausbauen**
   Unbedingt müsse „die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz weiter ausgebaut werden. Dazu sei das „schon in Umsetzung befindliche Modell ´fit2work´ mit Sicherheit ein guter Ansatz". Wichtig sei und bleibe aber auch „die Eigenverantwortung der Menschen". Jeder sei „für seine Gesundheit auch selbst verantwortlich"! Durch eine laufende Evaluierung der derzeitigen Modelle werde sich in einem Jahr zeigen, „ob das reicht, oder ob noch mehr zu tun ist".

9. **Arbeitswelt insgesamt modernisieren**
   Auch „die Arbeit an sich" müsse sich verändern. Aber das sei kein Projekt, das eine Sozialpartner-Arbeitsgruppe oder ähnliche Gremien bewältigen könnten. Auch Gesetze würden hier kaum weiterhelfen. Das sei „ein gesellschaftliches Großprojekt", das alle angehe und viele Bereiche wie Familienförderung, Kinderbetreuung, Bildung u. a. m. betreffe. Vor allem gebraucht würden:
   - die „beste Ausbildung für unsere Kinder"
   - eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
   - eine bessere Work-Life-Balance
   - flexiblere Arbeitszeitmodell

Der Österreichische Seniorenbund drängt auf eine rasche Umsetzung des „Beschäftigungspaketes 50plus". Es gäbe keinen Grund, „die Einführung dieser Maßnahmen auf die lange Bank zu schieben" und den älteren Menschen nicht eine „faire Chance für ihre Leistungsbereitschaft" zu eröffnen.

Ein Papier mit den Vorstellungen des Österreichischen Seniorenbundes mit dem Titel „9 Maßnahmen. So wird länger arbeiten möglich!" (7 S.) ist unter http://www.seniorenbund.at/content.php?aid=1096 *im Internet zu finden.*

Gesundheitswirtschaft

Acht Prozent aller Europäer nehmen Antidepressiva

Eine Befragung von 30.000 Europäern in 27 Ländern hat ergeben, dass im vergangenen Jahr etwa acht Prozent aller Europäer Medikamente gegen Depressionen eingenommen haben. Besonders stark betroffen ist die Altersgruppe von 45 bis 54 Jahren. Das berichtet das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn (IZA, http://www.iza.org/). Der Befund ihrer Forschungen sei „alarmierend", konstatiert Prof. Dr. Andrew J. Oswald, der gemeinsam mit Prof. Dr. David G. Blanchflower diese Sachverhalte analysierte. „Gemessen an Wohlstand und Sicherheit ging es den Europäern nie besser als heute. Dass trotzdem so viele Menschen mit Chemie nachhelfen müssen, um glücklich zu sein, sollte uns zu denken geben."

Anhaltender Aufwärtstrend

In der Studie wird für den Zeitraum von 1990 bis zum Jahr 2000 eine „Beinahe-Verdoppelung" der Einnahme von Antidepressiva dokumentiert. Aus Daten der OECD lasse sich auch für die Folgezeit auf einen anhaltenden Aufwärtstrend schließen. Danach sei vom Jahr 2000 bis 2007 der „Verbrauch von Tagesdosen pro 1.000 Einwohner" von 32,4 auf 52,1 gestiegen.

In den meisten Ländern gehe der Einnahme von Antidepressiva ein Besuch beim Arzt oder bei einem Heilpraktiker voraus. Die Frage, ob sie in den vergangenen 12 Monaten wegen psychischer Probleme einen Arzt konsultiert haben, hätten im Jahr 2010 in den europäischen Ländern im Durchschnitt etwa elf Prozent aller Befragten bejaht. Jedoch suchten Männer, Studierende, Verheiratete und „Personen mit hohem Bildungsniveau" bei solchen Problemen weniger häufig den Arzt auf als die Alleinlebenden, Arbeitslosen und Rentner.

In den zwölf Monaten vor der Befragung hätten dreizehn Prozent der Europäer ein Antidepressivum eingenommen. Am häufigsten griffen die Portugiesen zu Antidepressiva (16 Prozent). Weitere Länder „mit einem relativ hohen Verbrauch" seien Frankreich (neun Prozent), Litauen (11 Prozent), Malta (10 Prozent) und Großbritannien (neun Prozent). Am seltensten würden die Griechen Antidepressiva einnehmen (drei Prozent). In Deutschland liege der Verbrauch mit fünf Prozent „überraschenderweise unter dem EU-Durchschnitt, obwohl die Deutschen bei der Lebenszufriedenheit im unteren Mittelfeld" rangierten.

Nachweisbare Risikofaktoren

Hinter den regionalen Unterschieden stecke „viel mehr als nur unterschiedliche Gesundheitssysteme oder die jeweilige Verschreibepraxis", so wird Prof. Dr. Oswald von einer Internet-Nachrichtenagentur zitiert (http://www.pressetext.com/news/20110621003). „Ein eindeutiger Zusammenhang besteht zur Beschäftigungsquote. Die Arbeit zu verlieren, bringt Menschen oft in psychische Nöte." Außerdem sei hier auf den „hohen Druck der modernen Gesellschaft" oder die „ständige Verfügbarkeit" hinzuweisen, die durch die Errungenschaften der modernen Informationstechnik gegeben sei.

Nach Berechnungen der Wissenschaftler sei „die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen Antidepressiva einnehmen werden", bei den Frauen mittleren Alter, die arbeitslos, schlecht ausgebildet seien, die getrennt lebten oder geschieden seien, am größten. Der Gebrauch von Antidepressiva folge bei Männern wie bei Frauen sowohl in West- als auch in Osteuropa der „Kurve eines

umgekehrten U" und erreiche den Höhepunkt am Ende des vierten Lebensjahrzehnts. Dieser Befund decke sich mit Ergebnissen, die bei Untersuchungen zur Lebenszufriedenheit gewonnen wurden, denn diese sei „bei Endvierzigern am geringsten". Ab dem 65. Lebensjahr steige die Kurve der Einnahme von Antidepressiva allerdings dann wieder an.

Ein Bericht von David G. Blanchflower und Andrew J. Oswald über die Studie „Antidepressants and Age" (31 S., engl., IZA Discussion Paper No. 5785) findet sich unter http://ftp.iza.org/dp5785.pdf im Internet.

Digitalisierung

Datenwachstum verdoppelt sich alle zwei Jahre

Die Menge an digitalen Daten, die im Laufe eines Jahres erzeugt oder kopiert werden, verdoppelt sich alle zwei Jahre. Noch 2011 werde sie „ein nur schwer vorstellbares Ausmaß" erreichen. Das geht aus der jüngsten „Digital Universe Study" hervor, die International Data Corporation, Framingham/USA (http://www.idc.com/) im Auftrag des IT-Unternehmens EMC (EMC Deutschland GmbH, Schwalbach i. Taunus; www.emc2.de) durchgeführt hat.

2011: 1,8-Zettabyte Daten

Das Datenvolumen werde 2011 sehr wahrscheinlich die 1,8-Zettabyte-Marke erreichen. Diese Menge der erzeugten oder kopierten Daten entspricht 1,8 Billionen Gigabyte. Um den Nutzern der Studie eine ungefähre Vorstellung von dieser Datenmenge zu vermitteln, bringen die Autoren folgende Vergleiche:

- 1,8 Zettabyte Daten würden erreicht, „wenn jeder täglich drei Tweets absetzen würde und die „deutsche Bevölkerung 101.720 Jahre ununterbrochen twittern" würde.
- 1,8 Zettabyte Daten kämen zusammen, wenn täglich 215 Millionen Kernspintomographien von jedem Menschen auf der Welt angefertigt würden.
- Die für 2011 ermittelte Datenmenge entspreche „mehr als 200 Milliarden HD-Filmen von jeweils zwei Stunden Länge". Das reiche für „47 Millionen Jahre ununterbrochenen Filmgenuss".
- Diese Datenmenge könnte mit 57,5 Milliarden Apple iPads (mit je 32 Gigabyte Speicherkapazität) gespeichert werden. Mit dieser Anzahl von iPads wiederum könne eine 3.910 Kilometer lange und 31 Meter hohe Mauer quer durch Europa (von Moskau nach Lissabon) oder eine „Chinesische Mauer", doppelt so hoch wie die echte Chinesische Mauer, errichtet werden. Aneinandergelegt würden diese iPads eine Fläche bedecken, die so groß sei wie die Flächen der Städte München und Berlin zusammengenommen.

Die Menge an Informationen, die die Menschen selbst produzierten (Dokumente, Fotos, Video- oder Musikdownloads) sei indes „weit geringer als die Menge an Informationen, die über sie im ´digitalen Universum´ erzeugt werden". Unternehmen würden „auf die eine oder andere Weise" Verantwortung für 80 Prozent aller Informationen während deren Lebensdauer im „digitalen Universum" tragen. Und nur ein Drittel aller Informationen im „digitalen Universum" seien „ansatzweise gesichert". Etwa die Hälfte aller schützenswerten Informationen seien gegenwärtig auch tatsächlich geschützt.

Verbesserte Technologien, sinkende Investitionskosten

Auf Grund des rasanten technologischen Fortschritts kosteten die Erzeugung, Erfassung, Verwaltung und Speicherung von Informationen im Jahr 2011 nur noch ein Sechstel der Summe, die dafür im Jahr 2005 aufgewandt werden musste. Damals hätten sich die Kosten pro Gigabyte auf 18,95 US-Dollar belaufen, heute betrügen sie 0,66 US-Dollar. Aber seien die Gesamtinvestitionen von Unternehmen in das „digitale Universum" erhöhten sich fortlaufend. Sie seien seit 2005 um 50 Prozent angestiegen und

beliefen sich heute auf vier Billionen US-Dollar. Diese Investitionssumme werde sich bis 2015 auf voraussichtlich 5,2 Billionen US-Dollar erhöhen.

Ausbau von IT-Personal hält nicht Schritt

Aus der IDC-Studie ergebe sich, dass „die Fähigkeiten, die Erfahrung und die Ressourcen der IT-Mitarbeiter nicht schnell genug ausgebaut" würden, um in allen Wachstumsbereichen Schritt halten zu können. Im Laufe der nächsten zehn Jahre (bis 2020) müssten sich IT-Abteilungen darauf einstellen, dass

- sich die Zahl der Server verzehnfache,
- das 50-fache an Informationen verwaltet werden müsse,
- die Zahl der Dateien und Container für Informationen auf das 75-fache anwachse, „weil immer mehr Embedded-Systeme wie z. B. Sensoren in Kleidung, Brücken oder medizinischen Geräten Daten produzieren" und
- 1,5-mal so viele IT-Experten wie heute benötigt würden, um die Datenflut zu beherrschen.

Cloud-Lösungen für IT-Infrastrukturen

Beim so genannten Cloud Computing werden Teile der IT-Infrastruktur nicht mehr vom Nutzer selbst betrieben oder örtlich bereitgestellt, sondern bei einem oder mehreren Anbietern als Dienst gemietet, der meist „geographisch fern" angesiedelt ist. Anwendungen und Daten befinden sich dann nicht mehr auf dem lokalen Rechner oder im Rechenzentrum der Firma, sondern in der so genannten Cloud (engl. für „Wolke"). Heute würden zwar für das Cloud Computing noch nicht einmal zwei Prozent der Ausgaben im IT-Bereich aufgewendet, aber im Jahr 2015, so schätzen die IDC-Experten, würden fast 20 Prozent der Informationen von Service-Providern für Cloud Computing verwaltet werden. Mit den Cloud-Lösungen könnten die Unternehmen „von Skaleneffekten profitieren". Sie würden beweglicher und flexibler werden als mit herkömmlichen IT-Umgebungen. Und dies werde „auf längere Sicht ein wichtiges Instrument für die Bewältigung der Komplexität des ´digitalen Universums´ werden". Durch das Entstehen großer Datenansammlungen („Big Data") würden die Unternehmen „zunehmend dazu übergehen, die IT als Service zu beziehen statt in eigene IT-Infrastruktur zu investieren".

Weitere Trends

Den Unternehmen würden immer neue Anwendungen zur Erfassung, Suche und Analyse von Daten zur Verfügung stehen, mit denen sie unstrukturiert vorliegenden Daten auswerten könnten. „Diese Tools können Daten automatisch auswerten und verschlagworten, d. h. sie erzeugen Metadaten; die Metadaten wachsen doppelt so schnell wie der zugrunde liegende Datenbestand." Die „Business-Intelligence-Anwendungen" würden sich zunehmend „auf Echtzeit-Daten stützen". Als Beispiele dafür werden genannt: „Autoversicherungstarife, die sich danach richten, wo der Autobesitzer unterwegs ist, intelligente Stromnetzwerke, die die Energieerzeugung steuern, oder Werbebotschaften, die sich automatisch an das Feedback aus Sozialen Netzwerken anpassen". Neue Sicherheits-Mechanismen und -Anwendungen werden jene Informationen erkennen, die geschützt werden müssen, und auch feststellen, welches Sicherheitsniveau nötig ist.

Das Wachstum des „digitalen Universums" werde das Wachstum der Speicherkapazität übertreffen. So könne ein Gigabyte an gespeicherten Inhalten ein Petabyte an temporären Daten erzeugen, die üblicherweise nicht gespeichert werden, z. B. digitale TV-Signale, die direkt wiedergegeben, aber nicht aufgenommen werden, oder Telefongespräche über ein digitales Telefonnetz.

Ein Bericht von John Gantz und David Reinsel über die „2011 IDC Digital Universe Study: Extracting Value from Chaos" (12 S., engl.) findet sich unter http://germany.emc.com/leadership/programs/digital-universe.htm *im Internet.*

Materialien

Radermacher, Franz Josef / Beyers, Bert: Welt mit Zukunft

Die ökosoziale Perspektive. 2., weitgehend überarbeitete Auflage. Mit Vorworten von HRH Prinz el Hassan bin Talal, Jordanien, Präsident des Club of Rome, und von Vizekanzler a. D. Josef Riegler, Österreich. Hamburg: Murmann Verlag GmbH 2011, 395 S., 19,90 Euro, ISBN 978-3-86774-111-8

Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher, der Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (http://www.faw-neu-ulm.de/) und Professor für „Datenbanken und Künstliche Intelligenz" an der Universität Ulm, hat gemeinsam mit Österreicher Josef Riegler die Zielvorstellung einer weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft inhaltlich entscheidend geprägt. Beide gehören zu den geistigen Vätern der Global Marshall Plan Initiative. Seitdem Radermacher und der Philosoph, Germanist, Kunsthistoriker und in Zukunftsfragen erfahrene Autor, Bert Beyers, 2007 ihr Buch „Welt mit Zukunft. Überleben im 21. Jahrhundert" veröffentlichten, haben sich Entwicklungen vollzogen, die das „globale Bewusstsein" entscheidend beeinflussten. In der Neuauflage des Buches plädieren die Autoren noch nachdrücklicher für eine „ökosoziale Marktwirtschaft". Ihr komme die Schüsselrolle bei einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung zu.

„Der Planet steht unter Stress"

Die heutige Lage, so die Autoren in ihrer Einleitung, gleiche einem Tanz auf dem Vulkan. Die ökologischen Systeme seien aus dem Gleichgewicht geraten. Der Alltag überfordere immer mehr Menschen. Die Dynamik, die im gegenwärtigen „Superorganismus Menschheit" herrsche, sei „schwer erträglich und nur noch begrenzt zu steuern". Die Autoren halten es für „durchaus möglich, dass wir uns ins Aus manövrieren und es nicht verhindern können. Alle Probleme, die wir derzeit haben (...), sind nicht Folgen punktueller Fehler oder Fehlleistungen Einzelner. Die Ursache ist strukturell-systemischer Natur." In Kapitel 1 wird die bisherige Entwicklung bilanziert. Allein die Tatsache, dass es im frühen Paläolithikum etwa 150.000 Menschen auf der Erde gab, 1950 rund 2,5 Milliarden und heute sieben Milliarden Menschen, verdeutlicht, in welchem Maße sich die Prozesse beschleunigen. Was einst viele, viele Jahrhunderte dauerte, läuft heute in ein oder zwei Generationen ab. Aber bisherige Wachstumsmuster führen die Menschheit an ihre Grenzen: Würden heute alle Menschen „auf dem Konsumniveau eines Europäers oder Amerikaners leben, bräuchten wir mittlerweile drei oder sogar fünf Planeten". Immer mehr Menschen, die auf einem immer höheren Konsumniveau leben, hegten „immer größere Erwartungen und unerfüllte Konsumwünsche". Von gefährlichen Bumerangeffekten ist die Rede („Die ich rief, die Geister ..."). Mit jedem Versuch, die Welt „vermeintlich besser zu gestalten", machten wir sie „noch verwundbarer, und wir bedrohen die Lebensgrundlagen insgesamt".

Die Autoren zeigen, dass der Wohlstand „systemischer Natur" ist und weniger „das Werk einzelner ´Wertschöpfer´". Dass die wohlhabenden Länder zu nahezu 80 Prozent des Welteinkommens und einem größeren sozialen Ausgleich gelangen konnten, ist für die Autoren nicht die Folge freier Märkte und eines unregulierten Wettbewerbs, sondern „Ergebnis langer historischer und teilweise brutaler Auseinandersetzungen". Der Wohlstand auf der Welt sei „vielfach nicht fair verdient".

Anderes Denk- und Wachstumsmodell dringend erforderlich

Zwar sei heute das „in der Breite vorgehaltene Wissen gigantisch" und übersteige „das vorhandene Wissen auf individueller Ebene um viele Größenordnungen"; die „Weltgemeinschaft als intelligentes System" sei „erst begrenzt entwickelt". Im Vordergrund stehe die Frage: „Wird der Superorganismus Menschheit die Intelligenz aufbringen, sein Überleben im Rahmen der Möglichkeiten seines Biotops zu sichern?"

Das Verhältnis von Mensch und Natur, das im 21. Jahrhundert ein „existenzielles Thema" geworden ist, wird im Kapitel 2 analysiert. Die Autoren zeigen auf, dass die Menschheit alle bisherigen Grenzen für ihr Wachstum mit Innovationen und Effizienzsteigerung zu sprengen vermochte. Zudem habe sie sich immer neue, leicht zugängliche Energiequellen erschließen können. Auch die Zahl der Nutztiere habe man enorm erhöht. Allein das Lebendgewicht aller Hausrinder auf der Erde übertreffe „das der rund sieben Milliarden Menschen um das Zwei- bis Dreifache". Insgesamt werde genug Nahrung erzeugt, um bereits heute zehn Milliarden Menschen zu ernähren. Dennoch hungere eine Milliarde, Tag für Tag verhungerten 24.000. Der Kern des Hungerproblems bestehe darin, „dass die Kaufkraft bei einem kleinen Teil der Menschheit signifikant größer ist als beim Rest". Auch bei der Nutzung der Ressourcen und bei der Energieerzeugung würden die Grenzen des bisherigen Wachstums immer sichtbarer.

Wenn die Menschheit einen Globus wolle, „auf dem die Menschen in Frieden leben können, sowohl untereinander wie mit der Natur, zugleich auf einem Niveau, das nicht durch Mangel gekennzeichnet ist, sondern den Individuen die Möglichkeit gibt, sich zu entfalten", sei ein anderes, „ein ökosoziales Denkmodell für die Ökonomie erforderlich". Ziel müsse es sein, „den Schutz der Umwelt mit der Balance des Sozialen weltweit umzusetzen, und zwar über eine geeignete Regulierung ansonsten freier Märkte". Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit – das seien die zentralen Säulen einer weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft. Eine zukunftsfähige und „reiche Welt", die sich „in Frieden mit der Natur und innerhalb der von ihr gesetzten Grenzen" entwickelt, sei wissenschaftlich auch bei steigender Weltbevölkerung durchaus zu beschreiben.

Der Klimawandel trage das Potenzial eines ökologischen Kollapses in sich. In Kapitel 3 legen die Autoren dar, wie aber dennoch die Dinge beherrschbar bleiben könnten. Ein „globales Cap-and-Trade-System" halten sie dafür für unumgänglich. Der Ausstoß der Treibhausgase müsse gedeckelt und die Preise für Emissionsrechte zwischen Anbietern und Nachfragern jährlich neu ausgehandelt werden. Auch eine Besteuerung der Emissionen von Kohlendioxid, Methan und anderen Klimagasen „direkt an der Quelle" oder auch „alternativ und vielleicht noch wirksamer, eine Kontingentierung der Rechte, entsprechende Energieträger überhaupt fördern zu dürfen", halten sie für denkbar. Durch die Sicherung bestehender Wälder und ein „umfangreiches weltweites Aufforstungsprogramm" könne man „gewaltige Mengen von Kohlendioxid binden". Das würde sich rechnen und die Menschheit hätte „durch ein Win-win-Programm Zeit gewonnen", um ihre Anpassungsprozesse an den Klimawandel besser managen zu können. All das und noch weitere Punkte haben die Autoren in ihre „Skizze für einen neuen Klimavertrag" aufgenommen. Aber schon bevor eine globale Strategie greife, müssten die Menschen, jedes Unternehmen, jede Stadt mit konkreten Impulsen, Initiativen und Maßnahmen auf die langfristige Perspektive hinwirken.

In Kapitel 4 werden zentrale systemtheoretische Ansätze erläutert, von denen die Autoren bei ihrer Analyse ausgegangen sind. So könne es sich z. B. kein Land erlauben, „im Bereich der Wirtschaft **nicht** zu wachsen". Aber da in vielen Fällen die von der Natur vorgegebenen Grenzen bereits erreicht seien, müsse man fragen: Wer soll seine Entwicklungsziele zurücknehmen? Können Schwellenländer bei den geltenden „Spielregeln" wirklich weiter aufholen und Industriestaaten ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern? Können die „Knappheiten der Natur" bei unterschiedlicher Interessenlage der Staaten in die globalen ökonomischen Regelwerke wirklich integriert werden? Kann die Welthandelsorganisation hieran mitwirken oder ist sie selbst „Teil des Problems"? Was bedeutet es für die Entwicklung der Menschheit, dass „die Menschen in der reichen Welt via Fernsehen weltweit ihre Vorstellung" davon verbreiten, „wie man leben kann und soll"?

Globales Regelwerk

Die Kritik am „Mythos vom freien Markt", der die höchste Wachstumsintensität gewährleiste, wird in Kapitel 5 am Beispiel des Weltfinanzsystems vertieft. Die Autoren zeichnen nach, wie die „fehlende internationale Regulierung" schließlich „in einer exorbitante Geldvermehrung", im gezielten Umgehen von Steuerzahlungen, in mangelnder Transparenz und „individueller Bereicherungen zulasten des Gemeinwohls" ihren Ausdruck fand. Die Krise des Weltfinanzmarktes habe „die ´Verlogenheit´ des Regimes der freien Märkte für jeden erkennbar vor Augen geführt". Als „Feuerwehr" und als „letzte Instanz" hätten die Staaten das Finanzsystem stabilisieren und sich dabei noch weiter verschulden müssen. „Wie eine Monstranz wurde und wird (...) die absurde Idee einer vermeintlichen kollektiven Intelligenz des Weltfinanzsystems von Vertretern der radikalen Freiheitsphilosophie der Märkte herumgetragen. Besonders beliebt in diesem Zusammenhang ist es, Gewinne zu privatisieren und Risiken zu sozialisieren (...)." Wirkten die jetzigen Trends fort, so werde im Jahr 2030 eine Situation erreicht, „in der die gesamte Wertschöpfung ausschließlich dafür genutzt werden muss, Zins und Rendite auf Kredit und Sachvermögen zu bedienen". Das könne nicht funktionieren.

Die größte Gefahr gehe von einer „möglichen Insolvenz der Staaten" aus. Der dringend notwendige Abbau der Staatsverschuldung werde aber nicht durch „noch mehr Hartz IV" erreicht werden können, „also nicht primär durch weitere finanzielle Kürzungen bei den Schwachen und zunehmend auch beim Mittelstand". Der Schlüssel zur Lösung des Problems liege vielmehr „in einer adäquaten Besteuerung aller grenzüberschreitenden Wertschöpfungsprozesse und in der ´Einhegung´ der so genannten Steuerparadiese." Für die Sicherung der Zukunft und eine nachhaltige Entwicklung seien „global funktionierende Regelwerke" erforderlich. Dafür entwickeln die Autoren Lösungsansätze.

Aufklärung in Zeiten der Globalisierung

Thesen zur „Aufklärung in Zeiten der Globalisierung" werden in Kapitel 6 entwickelt. Im Vordergrund steht dabei die Aussage: „Ökosozial statt marktradikal". Die Autoren begründen, warum die richtigen Rahmenbedingungen wichtiger seien als der Wettbewerb. Letzterer sorge zwar „für gute Einsatz-Nutzen-Verhältnisse und damit für Effizienz", aber er optimiere „genauso effizient das Falsche wie unter richtigen Bedingungen das Richtige", wie an vielen Beispielen sichtbar wird. Erst entsprechende Rahmenbedingungen könnten dafür sorgen, „dass bestimmte angestrebte Ziele erreicht werden. Auf diese Weise werden wichtige

ethische und gesellschaftliche Anliegen einer Gesellschaft – soziale, ökologische und kulturelle – in die ökonomischen Prozesse inkorporiert". Leistung, sozialen Ausgleich und Umweltschutz - das seien die zentralen Elemente, auf die die „Ökosoziale Marktwirtschaft" setze. „Solange die weltweiten Anreizsysteme das Falsche belohnen, (...) ist es schwierig, das Richtige zu tun."

Die Autoren sind überzeugt: „Eine bessere Globalisierung ist möglich; vor allem eine gerechtere." Die „Regeln der Globalisierung" sollten so verändert werden, „dass Arbeitnehmer und Arbeitslose, aber auch viele Mittelständler, die heute schuldlos unter Globalisierungsprozessen zu leiden haben, von ihr nicht mehr in Mitleidenschaft gezogen werden". Auch Grenzen die die Ökologie der ökonomischen Entwicklung ziehe, müssten „hart im ökonomischen Design verankert" und „im Marktgeschehen internationalisiert" werden. „Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen." Innovationen dürften nicht „nach dem Bumerangeffekt" auf Menschheit und Umwelt zurückschlagen.

Wenn materieller Konsum „durch die Ressourcenverteuerung nachlässt" und die „kulturellen Produkte" an Gewicht gewinnen, werde der „neu gewonnene Wohlstand" andere Formen annehmen. Wichtiger Bezugspunkt für das Konzept der Autoren, sei das „Weltethos", das auf zwei universellen ethischen Prinzipien beruhe: „1. Der Mensch muss mit der Welt so umgehen, dass sie für zukünftige Generationen bewohnbar bleibt und deren Bedürfnisse erfüllt. 2. „Die Würde aller Menschen ist zu sichern. Niemand darf das Objekt des Willens eines anderen sein." Die wichtigsten Werte, „auf die sich die Weltgemeinschaft stützen kann und an der sich die Politik der einzelnen Nationen und stärksten Staaten dann auch tatsächlich orientiert", müssten in einer Plattform verankert werden. Auf dieser Basis müsse es auch „den armen Ländern bzw. den dort lebenden Menschen" möglich sein, in einem weltweiten demokratischen Prozess („der seinen Namen tatsächlich verdient") ihre Anliegen deutlich besser durchzusetzen als das heute der Fall ist.

Drei Zukunftsszenarien

Die Szenarien für „Drei Zukünfte" beschreiben die Autoren in Kapitel 7: Im **Szenario „Kollaps"** werde „der Bogen überspannt". Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung eskalieren. Die Entwicklung gerate außer Kontrolle. Es würden ein „Kampf ums nackte Überleben und Konflikte bis zu Mord und Totschlag (...) heraufbeschworen". Dieses Szenario sei „offensichtlich nicht zukunftsfähig".

Im Szenario **„Ökodiktatur/Brasilianisierung"** führten die Nahrungsmittelknappheit, Trinkwassermangel und der Klimawandel dazu, dass Europa und Asien „von Migrantenströmen überlaufen" würden. Die USA und vielleicht auch Kanada würden sich „hinter ihren Küstenlinien verschanzen". Auf „brutale Weise" würden die „unvermeidbaren und aus den Naturgesetzen resultierenden Begrenzungen beim Ressourcenverbrauch und bei der Umweltverschmutzung" ins System der Weltwirtschaft einbezogen. Aber nur wenige profitierten davon. Ein „Kollaps des Trägersystems Erde" werde zwar vermieden, wahrscheinlich aber nicht auf friedliche Weise. Der „ökologische Zusammenbruch" werde „auf Kosten der sozialen Balance" vermieden. Bei Märkten, die funktionierten, und bei „punktuellem Wohlstand" bedeute das für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ein Armutsregime. Unterschiedliche Formen von Widerstand bis hin zu Bürgerkrieg und Terror seien zu erwarten. Dieses Szenario sei „vermutlich das wahrscheinlichste". Es könne auf längere Sicht „in einen politischen Kollaps münden".

Das **Szenario „Globale Ökosoziale Marktwirtschaft"** könne dann durchgesetzt werden, wenn es gelinge, die Begrenzungen bei Ressourcen und Umweltfragen in globale Rechts- und Wirtschaftsordnungen zu integrieren – und das möglichst „friedlich und im weltweiten Konsens unter Wahrung der bürgerlichen Freiheitsrechte. Das sei das einzig vorstellbare, „mit Nachhaltigkeit kompatible Zukunftsszenario". Hier würde „die Generationengerechtigkeit ernst" genommen. Die technischen und kulturellen Innovationen erfolgten „deutlich langsamer als das heute der Fall ist". Auch das „Bevölkerungsproblem" sei hier zu lösen. Die Welt werde (verglichen mit Szenario 2) „deutlich reicher". Die Wirtschaft wäre in der Lage, „bei vergleichbarem Ressourcenverbrauch wie heute zehnmal so viele Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen". Sie arbeite auch „zehnmal sauberer und umweltschonender". Erfahrungen der EU und ihrer Erweiterungsprozesse könnten dann als Modell dienen für eine bessere Gestaltung der Globalisierung und für konstruktiv organisierte Aufholprozesse. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass die Menschheit „einen Zustand erreichen wird, in dem die Menschenwürde aller Menschen geachtet wird, der ökologisch verträglich und langfristig stabil ist", sehen die Autoren „bei 35 Prozent".

Das Wunschszenario der Autoren - die „Globale Ökosoziale Marktwirtschaft" - ist Gegenstand von Kapitel 8. Hier werden das Entstehen dieses Konzepts, die unterschiedlichen Sichtweisen seiner Befürworter, seine zentralen Parameter und das Verhältnis von Ökologie, Sozialem und Wirtschaft ausführlicher dargestellt. Dabei wird noch einmal unterstrichen, dass Wachstum nur dann auf Dauer positive Wirkungen habe, „wenn es innerhalb der ökologischen Kapazitäten des Biotops und zugleich unter Bedingungen sozialer und kultureller Balance erfolgt".

Richtiges Maß zwischen Gleichheit und Ungleichheit

Im Kapitel 9 wird begründet, warum das „richtige Maß zwischen zu großer gesellschaftlicher Gleichheit und zu viel Ungleichheit" zum „genetischen Code" der „Globalen Ökosozialen Marktwirtschaft" gehöre. Alle Vertreter dieses Konzepts argumentierten „für die Notwendigkeit von Differenzierung", forderten aber zugleich „ausbalancierte Verteilungs- und Einkommensverhältnisse". Diese Position sei eng mit ihrem Menschenbild verknüpft. Dass weltweit 70 bis 80 Prozent der Einkommen bei den 20 Prozent Menschen mit dem höchsten Einkommen (vor allem in den OECD-Staaten) konzentriert seien, sei für die Autoren ein „Zustand der globalen Apartheid". Um diesen zu überwinden, sei Chancengleichheit zwar ein wichtiges Ziel, sie reiche aber nicht aus. „Das System erzeugt Wohlstand", und davon müsse etwas an jene zurückfließen, die die hohen Einkommen Weniger möglich machten. Die Verhältnisse müssten für alle akzeptabel sein. Die „G 20" hätten die Macht dazu, so betonen die Autoren, „bis zum Jahr 2012 den Einstieg in eine Welt mit Balance zu schaffen".

Erster Schritt: Ein „Global Marshall Plan"

Das Konzept eines „Global Marshall Plan" wird in Kapitel 10 näher vorgestellt. Dieser Plan wird als „Investitionsprogramm für die Welt als Ganzes" dargestellt, das im Interesse „von fast allen Menschen der sich entwickelnden Welt" und im Interesse „von mindestens 90 Prozent der Menschen in den heute reichen Ländern" liege. Dieses „gut durchdachte Paket von Regelungen, Finanzierungs- und Umsetzungsvereinbarungen" habe bereits „unter den bestehenden Machtverhältnissen" eine Chance, umgesetzt zu werden. Ausführlich werden die strategischen Grundlagen und ethischen Prinzipien erläutert, auf denen dieser Plan beruht, und seine 15 Hauptziele. Im „Global Marshall Plan" verbinde sich eine Vision mit einem „konkreten Weg mit klar

umrissenen Zielen". Die Autoren zeigen, wie „auf einem fairen Weg" jährlich zusätzlich 100 Milliarden US-Dollar aufgebracht werden könnten, die in partnerschaftlicher Zusammenarbeit und vor allem „selbstgesteuert" für die verschiedensten Projekte des Planes eingesetzt werden sollen. Da die „demokratische Willensbildung auf Weltebene" dabei eine große Rolle spielt, halten die Autoren die Schaffung einer „Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen" für einen wichtigen ersten Schritt. Auch auf die Arbeit einer zu schaffenden „Weltsteuerbehörde" setzen sie große Hoffnungen.

Epilog der Autoren und Fazit

Die Welt, so der dringende Appell der Autoren, brauche „einen vernünftigen Gesellschaftsvertrag für diesen Globus, einen Weltvertrag und damit die Basis für eine wirkungsvolle Weltinnenpolitik", die auf einer „leistungsfähigen weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft" aufbaut. „In diesem Sinne gilt es zu handeln, und zwar sofort. Denn Zeit ist heute die knappste Ressource."

Warum das so ist, belegen die Autoren in der spannenden, gut lesbaren Analyse recht überzeugend. Es reicht nicht aus, dass die Diskussion über die dargestellten Herausforderungen schon begonnen hat. Allein die aufgezeigten Alternativen (Szenarien) der künftigen globalen Entwicklung sind geeignet, das Nachdenken über die Strategie und Politik, über mögliche Konzepte und konkrete Schritte für eine stabile, ausbalancierte Weltentwicklung zu vertiefen und beschleunigen. Und: Spätestens nach dem Studium der Vorschläge für jeden Einzelnen (im Anhang, S. 376/377) dürfte sich erweisen, in wie weit wir bereit sind, zur Lösung der schwierigen globalen Probleme, die gewiss längere Zeit erfordern wird, selbst einen bescheidenen persönlichen Beitrag zu leisten - damit uns eben die Zeit nicht davonläuft.

Impressum

Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-477

Redaktion:

Stephanie Rüth (v.i.S.d.P.),
E-Mail: s.rueth@sozialbank.de

Winfried Morgenstern
E-Mail: w.morgenstern@sozialbank.de

Verlag:

BFS SERVICE GMBH
Im Zollhafen 5 (Halle 11), 50678 Köln
Telefon 0221 / 97356-160
Telefax 0221 / 97356-164
E-Mail: bfs-service@sozialbank.de

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich